

Ein Gesetz für Wahlgewinner

In beeindruckender Übereinstimmung mit den Grundsatzaussagen der meisten in Deutschland etablierten Parteien fordert ein Handwerksberuf die ihm entzogene Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung zurück.

„Der Freie Verband Zahn technischer Laboratorien e.V. fordert die an der Bundestagswahl teilnehmenden politischen Parteien auf, sich den Wählern gegenüber dafür einzusetzen, in eine künftige Koalitionsvereinbarung für eine Bundesregierung folgenden Passus aufzunehmen:

Die Bundesregierung wird das Recht der Festzuschüsse für zahntechnische Leistungen nach Maßgabe des Fünften Sozialgesetzbuches einer generellen Revision unterziehen. Die Vergütung sämtlicher zahntechnischer Arbeiten wird künftig auch für gesetzlich krankenversicherte Patienten nicht länger den Preisregelungen des Festzuschußsystems nach dem Fünften Sozialgesetzbuch unterworfen. An die Stelle der planwirtschaftlichen Handlungsinstrumentarien bundeseinheitlicher Leistungsverzeichnisse tritt wieder eine Qualitäts- und Preisbildung unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen.

Die §§ 55, 56, 57, und 88 SGB V werden aufgehoben.

§ 55 SGB V erhält folgende Fassung:

„Versicherte haben bei medizinisch notwendiger Versorgung mit Zahnersatz einschließlich Zahnkronen und Suprakonstruktionen Anspruch auf diejenigen zahntechnischen Leistungen, die dem zahnmedizinisch üblichen Standard entsprechen. Krankenkassen und ihre Mitglieder haben sich im Rahmen freier Tarifwahl über die Finanzierung der Kosten für zahntechnische Versorgung zu verständigen. Einigen sich Krankenkassen und ihre Versicherten nicht über die Finanzierung dieses Versorgungsspektrums im Rahmen eines tariflich ausgewiesenen Zusatzbeitrages auf den allgemeinen Krankenversicherungsbeitrag, so ist der für die zahntechnische Leistung erforderliche Vergütungsaufwand des Zahntechnikers den Versicherten in vollem Umfange von der Krankenkasse zu erstatten.“

Die gesetzliche Neuregelung wird von den Koalitionspartnern innerhalb eines Kalenderjahres seit der Bundestagswahl 2017 als Gesetz in Kraft gesetzt.“

Editorial

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Auch wenn ich vermuten darf, dass der Ausgang der nächsten Bundestagswahl von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland werden könnte, widerstehe ich der Versuchung, an den oben zitierten Artikel 1 des Grundgesetzes anzudocken, um daraus eine Grundsatzdiskussion zu entfachen, die der Klärung dienen könnte, ob der seinerzeitige Gesetzgeber mit seiner einsamen Entscheidung, uns Zahntechniker zu entmündigen und lebenslänglich einzusperren in eine gesundheitspolitische Haftanstalt, bereits massiv gegen den Artikel 1 verstoßen hat.

Denn gefragt hatte uns damals niemand, und das wäre die Mindestvoraussetzung dafür gewesen, diesen Akt staatlicher Gewalt halbwegs zu legitimieren.

So gesehen, ist der von uns eingereichte Gesetzestext für jeden Politiker und Volksvertreter, der sich glaubwürdig für die Freiheit und die Gerechtigkeit seiner selbstverantwortlichen Wähler einsetzen möchte, eine willkommene Steilvorlage.

Was wir inzwischen erkannt haben: Mit einem „Weiter so“ können keine Wahlen mehr gewonnen werden!

Mit den besten Grüßen von der schönen Nordseeküste bleibe ich

Herbert Stolle



ZTM. Herbert Stolle, Chefredakteur

Freiheit – Gerechtigkeit – Eigenverantwortung

Auf der Suche nach Übereinstimmung mit den Grundsatzprogrammen der sieben stärksten in Deutschland etablierten Parteien.

Unser Ziel

Der auf der Titelseite veröffentlichte Gesetzentwurf ist Anfang März 2017 allen sieben Parteivorständen zugestellt worden. Die Inhaber Zahn technischer Laboratorien in Deutschland verbinden damit die Erwartung, dass sie als freie Unternehmer im freien Wettbewerb wunschgemäß hochwertigen Zahnersatz herstellen können, im Auftrag ihrer Zahnartzkunden und zum Wohle derer Patientinnen und Patienten.



Als Bundeskanzlerin hat Angela Merkel dem FVZL-Bundesvorsitzenden Herbert Stolle persönlich ihre Wertschätzung für sein politisches Engagement ausgesprochen.

CDU

Durch mehr Wettbewerb kann die Qualität der Versorgung gesteigert werden. Alle Patienten müssen am medizinischen Fortschritt teilhaben und Zugang zur Spitzenmedizin haben.

Die Mitarbeiter in den Gesundheitsberufen erfüllen eine verantwortungsvolle und anspruchsvolle Aufgabe und haben Anspruch auf angemessene Bezahlung.

Ein ungelöstes Problem der CDU ist ihr Gesundheitsminister Gröhe. Unter seiner Verantwortung wurde die Falschmeldung verbreitet, dass die Zahn techniker mit ihrem Wunsch nach Freiheit die Erwartung und die Möglichkeit verbinden, Patienten selbständig mit Zahnersatz versorgen zu dürfen.

Hier besteht noch Klärungsbedarf.



Als Bundesgesundheitsminister wurde Horst Seehofer zum zuverlässigen Freund fleißiger Handwerker. Zitat: „Das Credo Ihres Verbandes und seines Bundesvorsitzenden sind Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Diesem Credo fühlt sich die „Christlich Soziale Union“ in Bayern seit jeher verpflichtet. Deshalb habe ich Ihnen auch persönlich meine Unterstützung zugesagt.“



Die CSU will mehr Transparenz im Gesundheitswesen schaffen, um die Selbstbestimmung und Mündigkeit der Patienten zu unterstützen.

Alle Aufgaben, die gesellschaftliche Initiativen, private Organisationen oder Unternehmen besser leisten können, sind dorthin abzugeben.



Unser Programm macht Mut für die Zukunft. Wir haben eine Vision: Die liberale Bürgergesellschaft, die ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität der Bürgerinnen und Bürger schöpft und nicht von einer anonymen Staatsbürokratie gelähmt wird.

Eigenverantwortung ist nicht nur eine Pflicht, sondern auch ein Recht gegen die Bevormundung durch die Bürokratie eines staatlich organisierten Kollektivs.



Die „Alternative für Deutschland“ setzt sich ein für einen langfristigen Umbau des Gesundheitssystems. Ähnlich dem Schweizer Gesundheitssystem könnte der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen auf einen Grundleistungskatalog zur Abdeckung hoher Risiken reduziert werden, während geringe Risiken oder Zusatzleistungen in die Eigenverantwortung übertragen werden.



Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich darauf verlassen können, dass sie unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste Versorgung bekommen. Der Grundfehler der bisherigen Zwei-Klassen-Medizin besteht darin, dass durch eine höhere Vergütung Privatpatienten bevorzugt werden. Deshalb wird die SPD mit der Bürgerversicherung eine neue, einheitliche Honorarversorgung für Ärztinnen und Ärzte einführen.



Martin Schulz, der Kanzlerkandidat der SPD, ist mit seiner Gerechtigkeitskampagne auf erstaunliche Zustimmung gestoßen.

Verehrter Genosse Schulz! Die unerfüllte Sehnsucht nach Gerechtigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Menschheit.

Deshalb: Versprich nichts, was Du nicht halten kannst.

Denn kein Feind auf dieser Welt kann unerbittlicher sein als ein verräterer Freund.



Die Grünen begrüßen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sowie zwischen Anbietern und Anbieterinnen von Leistungen dort, wo er zu mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit führt.

Der Wettbewerb muss sich auf Qualität und Wirtschaftlichkeit begründen und nicht auf die Selektion von Patientinnen und Patienten.



DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit führen, sein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Kultur wahrnehmen kann und nicht diskriminiert oder ausgegrenzt wird.



Wir sind keine politische Partei, aber wir sind dankbar, dass zwischen uns und unseren Volksvertretern so viele Gemeinsamkeiten gefunden werden konnten. Drei dieser Gemeinsamkeiten heißen Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung.

Wir sind der Souverän! Wir benötigen keine absolute Mehrheit, keine Steuergelder und keine Macht, denn bereits jeder Einzelne unter uns hat das Recht auf die Unantastbarkeit seiner Würde, auf den Schutz durch unveräußerliche Menschenrechte, auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit und auf Meinungsfreiheit. Darauf sind wir stolz und sind glücklich, Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

Wir wissen aber auch, dass viele unserer 6.000 Handwerkskollegen, die unseren „Sturmvogel“ regelmäßig erhalten, inzwischen als Unternehmer angesichts der uns aufgezwungenen Beschränkungen resigniert haben und auch der Politik gegenüber in die innere Kündigung abgetaucht sind.

Auch im Namen dieser Kollegen kämpfen wir für eine gerechte Zukunft in unternehmerischer Selbstbestimmung. Wir fordern diese Kolleginnen und Kollegen auf, sich aktiv einzubringen und gemeinsam mit uns die letzten Schritte in die Freiheit zu gehen.

Herbert Stolle, Bundesvorsitzender

IMPRESSUM

DER STURMVOGEL

Herausgeber:
Freier Verband Zahn technischer Laboratorien e.V.
Neue Reihe 33 · 27472 Cuxhaven
Tel. 047 21/55 44 11 · Fax 047 21/55 44 12
E-Mail: info@fvzl.de · Internet: www.fvzl.de

Redaktion:
ZTM Herbert Stolle, Chefredakteur, V.i.S.d.P.
Internet: www.herbert-stolle.de
Sekretariat: Claudia Bär
Tel.-Kontakt: wochentags von 9.00 – 12.00 Uhr

Druck:
Druckerei Wöbber
Cuxhavener Straße 35 · 27476 Cuxhaven
Tel. 047 21/66 60 80-0 · Fax 047 21/66 60 80-17
E-Mail: info@woebber.de · www.woebber.de

Auflage: 7.340 Exemplare

Erscheinungsweise:
viermal im Jahr, am Beginn jeden Quartals

Bezugspreise:
Für FVZL-Mitglieder durch den Beitrag abgegolten.
Nichtmitglieder erhalten das Jahresabonnement zu 20,- Euro. Einzelpreis inkl. Versandkosten = 10,- Euro.
Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.



IHR DIREKTER WEG
ZUR LIQUIDITÄT

FVZL · Neue Reihe 33 · 27472 Cuxhaven



Deutsche Post
DIALOGPOST

*„Er ist der
„Älteste mit
der meisten
Erfahrung.“*

Vertrauen Sie auf die LVG, den Platzhirsch unter den Verrechnungsgesellschaften für Dentallabore. An unseren Leistungen und an unserer Stärke messen sich die andern. Vertrauen Sie auf den Kompetenz-Vorsprung des Erfinders von Dental-Factoring.

Die LVG ist der älteste und einer der größten Factoring-Anbieter für Dentallabore am deutschen Markt. Über 30 Jahre erfolgreiche Finanzdienstleistung und mehr als 30.000 zufriedene Zahnärzte, deren Dentallabore mit LVG zusammenarbeiten, stehen für ein seriöses Unternehmen.

L.V.G. Labor-Verrechnungs-Gesellschaft mbH

Hauptstr. 20 / 70563 Stuttgart

T 0711 66 67 10 / F 0711 61 77 62

kontakt@lvg.de / www.lvg.de

